

Volksblatt

**Kreistag des
Landvolkes
am 1. Juni 1927**
Ankündigung
des Landvolkes
am 1. Juni 1927
Ankündigung
des Landvolkes
am 1. Juni 1927

Seit 1. Juni 1927
Bocholt, Kreis-
Ankündigung
am 1. Juni 1927
Ankündigung
des Landvolkes
am 1. Juni 1927

Nummer 162

Donnerstag, den 16. Juni

Jahrgang 1927

Amerika und der Sozialismus.

Von
Dr. Heinrich Kommen.

Die deutschen Amerikafahrer berichten übereinstimmend, je nach ihrer Einstellung mit freudiger Ueberraschung oder mit herber Enttäuschung, daß es im Dollarlande keinen Sozialismus gebe. Eine Agitation finde man nicht. Auch keine bedeutendere Literatur, die ernst genommen würde. Immer wieder erzählt man die tragikomische Rolle des Sozialistenführers Debs, der seit Jahrzehnten von seinen spärlichen Anhängern bei jeder Präsidentenwahl als Kandidat nominiert wurde, ohne je eine Gefahr für die Kandidaten der beiden großen Parteien der Demokraten und Republikaner zu werden. Nicht einmal als der beinahe 70jährige wegen einer an sich sehr bedeutungslosen Antikriegs-Propaganda zu einer 10jährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde und noch jahrelang nach dem Siege im Zuchthaus bleiben mußte, ehe er kurz vor seinem Tode freigelassen wurde, setzte sich eine größere Bewegung für ihn ein. Und doch ist sonst gerade ein derartiger „Martyrer“ meist der Anlaß eines Anwachsens der in ihm getroffenen Bewegung. Nichts dergleichen in Amerika. Das kann berechtigterweise Staunen erregen, daß in einem Lande des ausgeprochensten hochindustriellen Kapitalismus kein Komplement, der Sozialismus, fehlt, noch nicht einmal „Stimmung“ für ihn da ist.

Wie ist diese Tatsache zu erklären? Der Sozialismus hat zwei Gesichter. Er ist Lehre, die in Büchern niedergelegt und durch Bücher widerlegt werden kann; er ist Theorie, die von Intellektuellen diskutiert, berichtigt, verteidigt wird mit rein rationalen Mitteln. Einen solchen Sozialismus gibt es in Amerika. Die Schriften von Gustav Meyers beweisen es; „Entstehung der großen amerikanischen Vermögen“ (deutsch bei Fischer, Jena 1917). Aber Sozialismus ist noch unendlich mehr als Theorie, als Lehre. Sozialismus ist eine Bewegung, die in der Seele lebendig werden muß, ehe er sich in der Welt ausbreiten kann. Sozialismus ist eine Bewegung, die in der Seele lebendig werden muß, ehe er sich in der Welt ausbreiten kann. Sozialismus ist eine Bewegung, die in der Seele lebendig werden muß, ehe er sich in der Welt ausbreiten kann.

Aber aus dem Sozialismus ging die Gewerkschaft hervor. Der Gewerkschaftler lernt den Kapitalismus und den Kapitalisten im Kleinkrieg der Tarifkämpfe kennen. Er wird nur zu oft der „liberale Sozialist“ der sozialistischen Evangelien und verliert den „Glauben.“ An die Stelle des Gedankens vom kommenden „sozialistischen Paradies“ tritt die Einsicht, daß im Kapitalismus noch gewaltige Energien leben; tritt die Einsicht, daß man sich der kapitalistischen Herrschaft nicht ruhig bedienen solle, um Sozialpolitik zu machen; kommt der Gedanke auf, daß der sozialistische Himmel ein ferner Traum, die kapitalistische Erde doch nicht so ganz schlecht ist; an Stelle der Diktatur des Proletariats tritt die Mitverantwortung in der parlamentarischen Demokratie. Das Pathos und die Rhetorik des Gläubigen und des Propheten tritt zurück. An ihre Stelle tritt das nüchterne Wort: Sozialismus ist Arbeit. Sozialismus findet also erst seine Zeit erfüllt, wenn er eine proletarische Masse vorfindet, die sich der Unabänderlichkeit ihres Schicksals bewußt ist, die, wenn auch noch nicht näher bestimmt, weshalb und wie, dem kapitalistischen Bürgertum gesellschaftlich und politisch gegenübersteht, und der durch die Enge des Wirtschaftsraumes und der Eigenart der Arbeitsverhältnisse eine gemeinsame Aufgabe gestellt ist.

In Amerika sind diese Voraussetzungen des Sozialismus nicht da. Es fehlt erstens die Enge des Wirtschaftsraumes. Seine Weite läßt die Überzeugung von der Unabänderlichkeit proletarischen Schicksals nicht aufkommen. Sie bedingt aber auch, daß Führern innerhalb der kapitalistischen Ordnung nachkommen können. Zudem bedeutet schon der Mangel, in Amerika sein Glück zu machen, die Unmöglichkeit, an ein proletarisches Schicksal zu glauben. Die

Geheimdiplomatie in Genf.

Noch kein klares Ergebnis.

Von unserer Berliner Redaktion.

■ Berlin, 15. Juni. (Draht.)

Schon vor Beginn der Genfer Konferenz ist an allen Orten und Enden mit feister Gewissheit darauf hingewiesen worden, daß dieses Mal das Programm der offiziellen Sitzung des Rates so gut wie keine bedeutungsvollen Punkte enthalte. Die hauptsächlichsten Probleme, die es immer wieder, würden im engsten Kreise der privaten Unterhaltungen der Außenminister erörtert und ins Reine gebracht. Wenn nun bisher in Genf amtliche Mitteilungen ausgegeben worden sind, die lediglich den Zweck haben, mit dürftigen Worten rein gar nichts zu sagen, so entspricht diese Handhabung der Geheimdiplomatie den vorausgegangenen Verhandlungen.

Auch über die am Dienstag abgehaltene Konferenz, an der sich die in der Vorschalterskonferenz vertretenen Mächte unter Zuzugung von Reichsaussenminister Dr. Stresemann beteiligten, sind herzlich wenig in die Öffentlichkeit durch. Unterrichtete deutsche Kreise erklären, wie aus Genf gemeldet wird, nur, daß sich die Besprechung auf die allgemeine politische Lage bezogen habe, während am Mittwoch nachmittags die Besprechungen zur Sprache kommen sollen, die Deutschland betreffen. Außerdem wurde unter den Franzosen erzählt, man habe in der Dienstagskonferenz über eine Erklärung beraten, die ohne sich gegen eine bestimmte Macht — mit dieser Bemerkung ist Rußland gemeint — zu richten, den Wunsch nach Aufrechterhaltung und Sicherung des Friedens zum Ausdruck bringen werde. In diesen Worten kommt die schwierige Situation zum Vorschein, in der sich Deutschland befindet. Es handelt sich um das Verhältnis Deutschlands zu Rußland. Die entscheidende Frage lautet: Rußland oder nicht anders gestellt werden als so, so und inwieweit der Vertrag zu einer derartigen Erklärung ohne Verletzung der Neutralität möglich ist, für die Deutschland in dem Konflikt zwischen England und Rußland entschieden hat. Gewisse Kreise der ausländischen Presse möchten zwar gern einige Freiräume, die Stresemann am Dienstag in einer Presskonferenz machte, im entgegengekehrten Sinne auslegen. Sie jedoch aus Genf mitgeteilt wird, hat Dr. Stresemann nur erklärt, daß Rußland durch sein brutales Vorgehen sich viele Sympathien in der Welt verschafft hat. Diese Bemerkung darf doch wohl ein deutscher Außenminister noch machen.

Was die deutschen Probleme betrifft, so handelt es sich im Augenblick nach wie vor um die Ostfrage und die Rheinlandräumung bzw. um Herabsetzung der Besatzungsziffer. Ohne zu verkennen, daß die völlige Befreiung des Rheinlands von fremder Besatzung das nie aus den Augen verloren Ziel sein muß, legt man in der deutschen Regierung Wert auf die Feststellung, daß auch eine Verminderung des fremden Militärs am Rhein an sich für sich natürlich im höchsten Grade wünschenswert ist. Es handelt sich hierbei um eine Festlegung des guten Willens, der in Vornahme theoretisch so stark war. Selbstverständlich erwartet das deutsche Volk, daß die abtransportierten Truppen nicht wieder an einer anderen Stelle im Rheinland ausfallen. Auf diese Art von Scheinminderung der Truppen kann von vornherein verzichtet werden. Ueber die Verlegung der Differenzen, die wegen der Verfestigung der Festungen der Unterstände an der deutschen Grenze noch bestehen, ist einstweilen nichts Bestimmtes bekannt. Man weiß nicht, worin die deutschen Zugeständnisse bestehen und man kennt auch nicht die Absichten Frankreichs und Englands.

Die Vorschalterskonferenz berät über die deutsche Note.

■ Paris, 15. Juni. „Petit Journal“ kündigt an, die Vorschalterskonferenz werde sich wahrscheinlich in ihrer heutigen Sitzung mit der deutschen Note beschäftigen, die den alliierten Vertretern in Berlin über die Niederlegung der Ostbefestigungen überreicht worden sei.

äußere Voraussetzung, Enge des Wirtschaftsraumes hat gefehlt und fehlt auch heute noch im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Zweitens: innerhalb derjenigen, die der europäischen Proletarier bestimmt zu sich rechnen würde, fehlte alle Solidarität und alles Bewußtsein um Gemeinsamkeit des Schicksals. Es gibt in Amerika durchaus eine Arbeiteraristokratie, die Gewerkschaften. Eine Arbeiteraristokratie ist aber der Tod des Sozialismus. Und es gibt eine Art Lumpenproletariat, zum wenigsten ein nieheres Proletariat. Die Neger und Mongolen in den Südpazifik, die eingewanderten Ost- und Südamerikaner in den Oststaaten. Ihnen fehlt aber jede Basis einer Einigung. Sie werden oft brutal ausgebeutet; ihnen wird nicht das Geringste an demokratischen Rechten zuteil. Aber sie müssen atomisierte Masse bleiben, Individuen, die niemals in ihrer Gesamtheit zum Bewußtsein ihres gemeinsamen Schicksals kommen. Und das ist das Dritte, das den Sozialismus nicht hochkommen läßt: Die demokratische Gesellschaft. Auch in der Fabrik. Das ist ja eine Tatsache, die der deutsche Unternehmer noch immer nicht recht zu verstehen scheint. Es gibt sicher auch in Amerika Standesunterschiede und sogar große. Aber noch besteht in der großen Mehrzahl der Arbeiter, daß das Gelingen dieser sozialen Aufgabenleiter durch persönliche Loyalität, dies allerdings amerikanisch verstanden, zu erreichen ist. Zudem ist der Staat demokratisch. Der Sozialismus kann sich nicht politisch auswirken, wie er es in Deutschland konnte. Amerika ist überhaupt ein Land, das sich nicht so leicht mit europäischen Maßstäben messen läßt. Eine Bourgeoisie kennt dieses Land nicht in dem Sinne wie wir sie kennen. Es ist ja das Land ohne Mittelalter. Alles soziale Ringen geht nicht so sehr um politische Ideale, als vielmehr um ein sehr utilitaristisches Gedächtnis größtmöglicher Glück der arbeitsfähigen Menschheit, um ein Teilhaben an den Gütern der Zivilisation.

Klärung der Memel-Frage.

Befriedigender Verlauf der deutsch-litauischen Besprechungen.

■ Genf, 15. Juni. Von Seiten der deutschen Delegation wird erklärt, daß die Verhandlungen zwischen dem litauischen Ministerpräsidenten und der deutschen Delegation über die von Litauen in öffentlicher Sitzung abzugebenden Erklärungen über die Haltung Litauens in der Memel-Frage einen befriedigenden Verlauf nehmen, so daß mit einer Einigung noch im Laufe des heutigen Vormittags zu rechnen sei. Sollte diese Einigung noch vor Beginn der Ratssitzung zustande kommen, so würde in der heute vormittags 11 Uhr beginnenden öffentlichen Sitzung zunächst Ministerpräsident Bobemaras eine schriftlich formulierte Erklärung über die Haltung Litauens und sodann Reichsaussenminister Dr. Stresemann seinerseits eine Erklärung zur Memel-Frage abgeben, worauf dann auf Antrag Dr. Stresemanns die Frage von der Tagesordnung abgesetzt würde. Der Inhalt der litauischen Erklärung ist zur Zeit noch nicht bekannt, doch verlautet, daß darin in erster Linie die Einberufung des memelländischen Landtages festgelegt wird.

Auf der Tagesordnung der heutigen zunächst öffentlichen Sitzung des Rates stehen die verschiedenen Fragen über die schnellere Mobilisierung des Völkerverbundes bei Kriegsgefahr und der Antrag der finnischen Regierung auf finanzielle Unterstützung angegriffener Staaten sowie der Bericht der vorbereitenden Abrüstungskommission. Auf der Tagesordnung der sich anschließenden Geheimdiplomatie steht als einziger Punkt die Memel-Frage.

Erklärung Dr. Stresemanns zur Abrüstungsfrage.

■ Genf, 15. Juni. Bei Behandlung der Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses im Völkerverbundrat gab heute vormittags Reichsaussenminister Dr. Stresemann folgende Erklärung ab: „Wir alle haben mit großem Interesse, aber auch mit gewissen Bedenken die Arbeit verfolgt, die der vorbereitende Abrüstungsausschuss bisher vollbracht hat. Ohne diese bis jetzt geleistete Arbeit zu unterschätzen, müssen wir sagen, daß der vorbereitende Ausschuss nicht instande gewesen ist, die Lösung dieses Problems sehr weit zu fördern. Ich glaube, es ist notwendig, daß eine grundlegende Änderung durchgeführt werden muß, wenn die zweite Lesung nicht mit einem Beschluß enden soll, der dem Ansehen des Völkerverbundes abträglich wäre. Das Abrüstungsproblem ist eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerverbundes, und auf seiner Lösung beruht im weitestgehenden Maße die ganze Wirksamkeit des Völkerverbundes. Die Lösung, die nach vor wenigen Jahren einfach aussah, scheint, dem Verlaufe zufolge, auf einen fernliegenden Zeitpunkt verlagert. Nach dem Satz haben alle Völkerverbandsmitglieder die Verpflichtung, ihre Kräfte zu vermindern und eine Aufgabe durchzuführen, die sofort hätte aufgenommen werden müssen, auch wenn sie nicht in der Völkerverbandsversammlung festgelegt worden wäre, weil sowohl die Erleichterung wie die Zerschlagung des Völkerverbundes von der allgemeinen Abrüstung abhängen. Ich will hier nicht die Gründe wiederholen, die die Abrüstung zu einer dringenden Aufgabe machen. Sie wurden im vergangenen März und April zur Genüge dargelegt. Aber ich möchte die Aufmerksamkeit aller Völkerverbandsmitglieder auf die Wichtigkeit der Schriftsätze lenken, die vor uns liegen, und ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die Erörterung der Völkerverbandsversammlung im September dem Abrüstungsproblem einen neuen Aufschwung gebe, damit hierdurch der ehrliche Wille zur Abrüstung und Ausführung des Artikels 8 des Völkerverbandpaktes festgelegt wird.“

Wieviel Puritanertum, wieviel da die eigentümliche Herrschaft der Frau mitteilt, läßt sich nur ahnen. Amerika ist noch jung und jeder Amerikaner, auch der Durchschnittsarbeiter hält es für „Gottes eigenes Land.“ Ein Land das „prosperiert“ und das deshalb keinen Sozialismus gebrauchen kann, der seine Wirtschaftsmaschine lahmgelegt, indem er die Köpfe derer, die diese Wirtschaftsmaschine bedienen, verwirrt. In Amerika ist keine Stimmung für den Sozialismus. Aber Amerika wird den Sozialismus noch bekommen, als Massenglauben. Zwar glauben manche Amerikaner, daß das Problem Kapital und Arbeit, die Wurzel des Sozialismus, in Amerika in der Lösung begriffen sei, in der Verteilung des industriellen Besitztums, das unbemerkt in die Hände einer großen Menge von Aktien- und Kleinführern übergeht; sie glauben, daß diese interessentümliche Anfechtung der Arbeiter in der kapitalistischen Ordnung das Ziel des Sozialismus, „gerechte Verteilung des nationalen Einkommens“, erreiche. Sozialismus ist aber wohl noch mehr. Wer weiß, was kommen wird, wenn Amerika anfängt, ein homogener Staat zu werden, wenn die „Niederhaltung“ der nationalen Individualität der Einwanderer eine Art einheitliche Nation macht und dadurch die Voraussetzung einer Klassenbildung gegeben wird und wenn auch durch die fortschreitende Entwicklung im Lande der noch unbegrenzten Möglichkeiten der Wirtschaftsraum eng und enger wird. Die „Zivilisation“ wird das Werden des Sozialismus nicht hindern können. Das könnte nur eine neue Völkerverordnung. Ob das „ökonomische“ Amerika sie schaffen wird?

Der Konflikt über die Gewerkschaftsfrage auf der Arbeiterskonferenz.

■ Genf, 14. Juni. Die Internationale Arbeiterskonferenz hat heute nach einer teilweise sehr lebhaften Aussprache in zweiter Lesung die beiden Konventionen über obligatorische Krankenversicherung in gewerblichen Betrieben und über obligatorische Altersversicherung angenommen. Die Arbeitersgruppe entschied sich wiederum der Stimme, während sie geschlossen für eine Empfehlung über die allgemeinen Grundsätze zur Anwendung dieser Konvention stimmte, die insolgebeim 95 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die dritte Lesung findet voraussichtlich morgen, Mittwoch, statt. Noch lebhafter gestaltete sich die Aussprache über die an die Regierungen zur Gegenüberstellung zu richtenden Fragebogen zwecks späterer Aufstellung einer Konvention über die Gewerkschaftsfreiheit. Nachdem die von der Arbeitergruppe eingebrachten Änderungsanträge, deren wichtigster die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften betrifft, abgelehnt worden waren, hat die Arbeitergruppe in einer Sonderberatung beschlossen, nicht nur gegen den Fragebogen selbst, sondern auch gegen die neue Behandlung der Angelegenheit auf der nächsten Arbeiterskonferenz zu stimmen. Daraufhin ergab die Abstimmung in der Vollversammlung der Arbeiterskonferenz die Ablehnung des gesamten Fragebogens mit 54 gegen 42 Stimmen. Die folgende Geschäftsordnungsdebatte nahm wiederholt sehr heftige Formen an. Schließlich wurde eine von dem indischen Regierungsvertreter eingebrachte Zwischenfugung durch Zurückverweisung des Fragebogens an den zukünftigen Konferenzabschluss angenommen. Nachdem mehrere Redner, darunter Albert Thomas darauf hingewiesen hatten, daß die Lösung des entstandenen Konflikts unbedingt notwendig sei, schloß sich auch der Präsident, Sir Aust Chamberlain, diesem Appell an. Der erwähnte Ausschuss trat sofort zu einer Sitzung zusammen, um aber nach kurzer Zeit auseinander zu gehen, da die Unternehmerrunde wie die Arbeitergruppe erklärten, daß kein Grund zur Verrückung ihrer wohlüberlegten Standpunkte gegeben sei.

Regierungsumbildung in Jugoslawien.

■ Belgrad, 14. Juni. Die Gruppe Usunowitsch-Maximowitsch hatte, da sie sich durch den Austritt der Sozialisten aus der Regierung bedroht sah, die Forderung aufgestellt, die ihr entsprechende Einflussnahme auf die Regierungspolitik bei der Durchführung der Wahl sichern sollten. Ministerpräsident Wukitschewitsch hat jedoch diese Forderungen zurückgewiesen. Er reist morgen nach dem Lande des Königs und wird von ihm, ohne Rücksicht auf die Forderungen der Gruppe Usunowitsch-Maximowitsch, das Mandat für die Durchführung der Wahlen verlangen. Ministerpräsident Wukitschewitsch ist heute abends aus Zopola zurückgekehrt. In politischer Hinsicht verläuft das Morgen das Defret über die Auflösung der Stupischina und über die Ausschreibung von Neuwahlen erscheinen wird. Die Neuwahlen werden am 4. September stattfinden. Morgen soll auch die Rekonstruktion des Kabinetts durchgeführt werden. Maximowitsch wird nicht in die Regierung kommen, wodurch die Stellung des Ministerpräsidenten ersichert wird.

Demission des jugoslawischen Justizministers.
■ Belgrad, 14. Juni. Justizminister Pretschewitsch hat seine Demission eingereicht, die vom Könige angenommen wurde. Als sein Nachfolger wird der Minister ohne Portefeuille Petritsch als Justizminister übernehmen.

Der Abbruch der jugoslawisch-albanischen Beziehungen vollständig.
■ Belgrad, 14. Juni. Der albanische Gesandte in Belgrad, Faia Beg, hat heute seine Pässe erhalten. Er wird Belgrad morgen abends verlassen. Die jugoslawischen Konsuln in Dalmata, Scutari und Korca haben Anweisung erhalten, das albanische Gebiet zu verlassen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien ist damit vollständig geworden.

